

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat**Interfraktionelle Motion GB/JA!, GLP (Lea Bill, Ja!/Leena Schmitter, GB/Peter Ammann, GLP): Gleiche Rechte für alle: Kundgebungen während den eidgenössischen Sessionen auf dem Bundesplatz erlauben; Fristverlängerung**

Am 18. Februar 2016 hat der Stadtrat folgende Motion GB/JA!, GLP erheblich erklärt:

Der aktuelle Artikel im Kundgebungsreglement (KgR) zu Kundgebungen auf dem Bundesplatz lautet wie folgt:

Art. 6 Kundgebungen auf dem Bundesplatz

1 Kundgebungen auf dem Bundesplatz werden für folgende Zeiten nicht bewilligt:

- a. Sessionswochen des eidgenössischen Parlaments für die Zeit von Montag bis Freitag;
- b. dortige Marktzeiten, namentlich von Wochenmarkt, Zibelemärit und Graniummärit.

2 Über Ausnahmen in Einzelfällen entscheidet der Gemeinderat.

Basierend auf diesen Artikel werden Kundgebungen auf dem Bundesplatz während den eidgenössischen Sessionen nicht bewilligt.

In jüngster Vergangenheit wurden, gestützt auf den genannten Artikel 6 Absatz 1a, mehrere Personen gebüsst: Der Mitorganisator einer Aktion während der Debatte zur Wehrpflichtaufhebungsinitiative am 10. Dezember 2012, sowie gleichentags ein Verantwortlicher einer symbolischen Aktion zum Asylgesetz. Beide Aktionen bestanden im Wesentlichen darin, dass den vorbeigehenden Herren und Damen NationalrätInnen Flugblätter verteilt wurden und zusätzlich mit einem Transparent auf das jeweilige Anliegen aufmerksam gemacht wurde. Die Aktionen versammelten je lediglich ca. 10-15 Personen, dauerten kaum mehr als eine halbe Stunde und waren auch nicht als „Kundgebung“ angelegt. Dennoch wurden beide Organisatoren wegen Verstoss gegen das Kundgebungsreglement und Ungehorsam gegen amtliche Verfügung (StGB 292) mit je 450 Franken gebüsst.

Im Gegenzug scheint die Durchführung von Grossveranstaltungen während der Session kein Problem darzustellen: So wurde am 11. und 12. September 2013 der „Swiss Energy and Climate Summit“ (ECS), für den die Veranstalter des Swiss Economic Forum verantwortlich sind, erlaubt. Gemäss der Zeitung „Der Bund“ vom 10.9.2013 soll der „Anlass (...) die Bevölkerung und Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft gemäss Programm für die ‚Energie- und Klimaproblematik‘ sensibilisieren“. Für diese Veranstaltung wurden grosse Teile des Bundesplatzes während vier Tagen gesperrt. Zudem berichtete der Bund, dass die Burgergemeinde zwischen dem 22. August und dem 11. September 2014 plant, ihren „Panorama-Kubus“ während fast drei Wochen auf dem Bundesplatz aufzustellen (davon sind drei Tage während der Session).

Diese Beispiele zeigen, dass das Veranstaltungsmanagement der Stadt Bern und die Kantonspolizei den Art. 6 Absatz 1a des Berner Kundgebungsreglements sehr unterschiedlich restriktiv anwendet, was einer offenen und direkten Demokratie, wie wir sie in der Schweiz kennen, zuwiderläuft. Damit die Grundrechte garantiert werden können und sämtlichen politischen Aktionen und Kundgebungen mit gleichen Ellen gemessen werden, muss Art. 6 KgR präzisiert werden.

Die Unterzeichnenden fordern deshalb den Gemeinderat auf, eine Teilrevision des Kundgebungsreglements vorzulegen. Dabei soll der neue Art. 6 KgR wie folgt lauten:

Art. 6 [neu]

Kundgebungen auf dem Bundesplatz

1 Kundgebungen auf dem Bundesplatz werden nicht bewilligt für dortige Marktzeiten, namentlich von Wochenmarkt, Zibelemärit und Graniummärit.

2 Über Ausnahmen in Einzelfällen entscheidet der Gemeinderat.

Bern, 17. Oktober 2013

Erstunterzeichnende: Leena Schmitter, Lea Bill, Peter Ammann

Mitunterzeichnende: Franziska Grossenbacher, Mess Barry, Cristina Anliker-Mansour, Sabine Baumgartner, Christine Michel, Regula Tschanz, Stéphanie Penher, Daniel Imthurn, Claude Grosjean, Sandra Ryser, Michael Köppli, Christa Ammann, Luzius Theiler, Rolf Zbinden, Annette Lehmann, Stefan Jordi, Lukas Meier, Lena Sorg, Michael Sutter, Nicola von Greyerz, Benno Frauchiger, Rithy Chheng, Halua Pinto de Magalhães, Lea Kusano, Bettina Stüssi, Hasim Sönmez, Marieke Kruit, Katharina Altas, Yasemin Cevik, Fuat Köçer, Manuel C. Widmer, Nadja Kehrl-Feldmann

Bericht des Gemeinderats

Bei der Umsetzung der vorliegenden Motion muss der Gemeinderat berücksichtigen, dass die Stadt Bern Gastgeberin für das eidgenössische Parlament ist. So haben Parlament und Bundesrat stets den Wunsch geäußert, dass während den Sessionen der Eidgenössischen Räte keine Kundgebungen auf dem Bundesplatz stattfinden sollen. Da die vorliegende Motion erheblich erklärt wurde, fand zwischen dem Gemeinderat und der Schweizerischen Bundesversammlung eine Sitzung statt mit dem Ziel, den Forderungen der Motionärinnen und Motionären nachzukommen, gleichzeitig aber auch eine für alle zufriedenstellende Lösung zu finden. Ende Oktober 2016 wurde zusammen mit der Bundesversammlung ein "Memorandum of Understanding"¹ über die Nutzung des Bundesplatzes beschlossen. So soll im Rahmen eines Pilotbetriebs, welcher bis Ende Dezember 2017 dauert, erprobt werden, wie die Ausarbeitung des neuen Kundgebungsreglements für den Bundesplatz erfolgen soll.

Gemäss "Memorandum of Understanding" sollen Kleinstkundgebungen, welche keine störenden Lärmemissionen verursachen und den Zugang zum Parlamentsgebäude nicht erschweren, während der Sessionen bewilligungsfrei möglich sein. Auch Spontankundgebungen sollen weiterhin bewilligungsfrei bleiben, es besteht lediglich eine Meldepflicht. Grössere Kundgebungen bleiben weiterhin nicht bewilligungsfähig.

Mitte Dezember 2017 wird eine erste Auswertung des Pilotprojekts stattfinden, an welchem Mitarbeitende der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie, der Kantonspolizei und der Parlamentsdienste teilnehmen. In der Folge werden der Gemeinderat und die Schweizerische Bundesversammlung im Rahmen einer Sitzung im ersten Quartal 2018 die nötigen Schritte festlegen mit dem Ziel, den Forderungen der Motionärinnen und Motionären soweit möglich Rechnung zu tragen.

Aus den genannten Gründen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, die Frist zur Erfüllung der Motion bis Ende Juni 2018 zu verlängern.

¹ vgl. unter http://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/pilotversuch-neues-kundgebungsreglement-fuer-bundesplatz/memorandum-of-understanding/memorandum-of-understanding-uber-die-nutzung-des.pdf/view

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Interfraktionellen Motion GB/JAI, GLP (Lea Bill, JAI/Leena Schmitter, GB/Peter Ammann, GLP): Gleiche Rechte für alle: Kundgebungen während den eidgenössischen Sessionen auf dem Bundesplatz erlauben; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis Ende Juni 2018 zu.

Bern, 29. November 2017

Der Gemeinderat